

Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Felder Der BUND fordert wirksame Schutz- und Vorsorgestandards im Gesetz zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierenden Strahlen

Stand: 28.04.2009

Die in Deutschland geltenden Grenzwerte für elektromagnetische Felder schützen nach Ansicht des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) nicht ausreichend vor Gesundheitsgefahren durch elektromagnetische Strahlung, wie sie insbesondere durch den Mobilfunk verursacht wird. Der BUND fordert deshalb die Aufnahme strengerer Grenzwerte und Vorsorgestandards im Gesetzesentwurf „zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierenden Strahlen“ aufzunehmen, der noch in dieser Legislaturperiode in 2. Lesung im Bundestag behandelt werden soll. Dabei verweist der Verband vor allem auf eine EntschlieÙung des EU-Parlaments, die eine Überprüfung der EU-Grenzwertempfehlungen fordert. Das EU-Parlament betont, dass vor allem Kinder gegenüber Strahlungen besonders empfindlich seien.

Zunahme der Umweltbelastung durch elektromagnetische Felder

Die Umweltbelastung durch elektromagnetische Strahlung nimmt ständig zu. Dabei wirken die sehr verschiedenen Quellen hoch- und niederfrequenter Strahlung zusammen. Die wesentlichen Quellen im Bereich der hochfrequenten Strahlung sind Mobilfunkanlagen und mobile Funktelefone. Zu dem bereits bestehenden, nahezu flächendeckenden Netz an Mobilfunkanlagen kommen ständig neue Sendeanlagen hinzu, da die Frequenzbereiche für die Mobilfunknetze laufend erweitert werden. Darüber hinaus wird derzeit ein flächendeckendes hoheitliches Funknetz für Sicherheitsbehörden aufgebaut (TETRA-Netz). Die Bevölkerung ist diesen Strahlenquellen dauerhaft ausgesetzt. Es gibt kaum Möglichkeiten des passiven Schutzes. Daher ist es dringend erforderlich, dass der Staat Maßnahmen ergreift, um die Bevölkerung besser zu schützen.

Gesundheitsgefahren auch unterhalb der bestehenden Grenzwerte

Die in Deutschland geltenden Grenzwerte der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV) bieten keinen ausreichenden Schutz vor den Gesundheitsgefahren der elektromagnetischen Strahlung. Der menschliche Organismus (und der anderer Lebewesen) ist auf ein funktionsfähiges, möglichst ungestörtes bio-elektrisches System angewiesen, auf das durch die eben genannten Quellen störend bis schädigend eingewirkt wird. Dabei gibt es deutliche Hinweise auf Gesundheitsgefahren auch unterhalb der bestehenden Grenzwerte. Die Grenzwerte berücksichtigen nämlich nur die sogenannten thermischen Wirkungen, d.h. die Erwärmungseffekte der Strahlung, nicht aber vielfältige andere biologische Wirkungen, die ebenfalls zu Gesundheitsbeeinträchtigungen führen können.

Neueste Untersuchungen im Rahmen des Deutschen Mobilfunkforschungsprogramms haben darüber hinaus bestätigt, dass Kinder besonders empfindlich gegenüber der Exposition durch elektromagnetische Felder sind. Einzelne Gewebe und Hirnregionen können bei kleinen Kindern höher belastet sein als bei Erwachsenen, weswegen hier besondere Vorsorge angebracht ist. Das Forschungsprogramm konnte zudem Langzeitwirkungen bei Kindern und Erwachsenen weiterhin nicht ausschließen.

EU-Parlament fordert Überprüfung der Grenzwerte

Das EU-Parlament fordert vor dem Hintergrund der zunehmenden Belastung durch elektromagnetische Strahlung in einer am 2.4.2009 verabschiedeten EntschlieÙung nachdrücklich, die Grenzwertempfehlungen der EU von 1999 (1999/519/EG) zu überprüfen. Bereits in seiner EntschlieÙung vom 4.9.2008 zur Zwischenbewertung des europäischen Aktionsplans Umwelt und Gesundheit hat das Parlament eine stärkere Beachtung des Vorsorgeprinzips und die Einführung strengerer Belastungsgrenze empfohlen. Das EU-Parlament betont, dass Kinder im Fall der Exposition gegenüber elektromagnetischen Feldern besonders empfindlich sind. Es erkennt auch an, dass die Reaktionen auf die Strahlenbelastung bei jedem Einzelnen unterschiedlich sind. Die Grenzwerte sind also so zu bemessen, dass sie auch besonders empfindliche Personengruppen, wie alte, kranke oder elektrosensible Menschen, ausreichend schützen.

Entwurf des Gesetzes zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung ist unzureichend

Der am 5. Februar 2009 vom Bundesumweltministerium eingebrachte Gesetzentwurf zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung böte die Möglichkeit, diese Erkenntnisse zu berücksichtigen und für einen besseren

Schutz zu sorgen. Dieses Gesetz ist aber nach dem derzeit vorliegenden Entwurfsstand aus der Sicht des BUND völlig unzureichend. Der Gesetzentwurf sieht bisher lediglich vor, die geltenden Standards der EU-Empfehlung von 1999 für alle Frequenzbereiche festzulegen (bislang gab es Frequenz- bzw. Regelungslücken) und sie auf hoheitliche und privat betriebene Funkanlagen auszuweiten (bislang galten sie nur für gewerbliche Anlagen).

Die Bundesregierung beharrt damit weiterhin auf die in der 26. BImSchV enthaltenen, völlig unzureichenden Werte. Dabei haben mehrere EU-Mitgliedsstaaten – aber auch außereuropäische Länder – bereits strengere Standards festgelegt.

Mit dem bisherigen Gesetzesentwurf würde also die Chance verpasst, für den Bereich der nichtionisierenden Strahlung eine zukunftsfähige und dem Vorsorgeprinzip entsprechende Regelung zu finden. Der BUND fordert daher den Bundestag und die Bundesregierung dringend auf, bis zur bevorstehenden zweiten Lesung den Gesetzesentwurf „zur Regelung des Schutzes vor nichtionisierender Strahlung“ in folgenden für den Gesundheitsschutz entscheidenden Punkten nachzubessern:

BUND-Forderungen:

1. BUND fordert strengere Grenzwerte zum Schutz vor Gesundheitsbeeinträchtigungen

Der BUND fordert Schutzstandards in Höhe von $100 \mu\text{W}/\text{m}^2$ ($0,2 \text{ V}/\text{m}$) als einklagbare Grenzwerte im Anhang der Verordnung über elektromagnetische Felder (26. BImSchV) oder in einer eigenständigen gesetzlichen Regelung. Für Altanlagen, die diese Werte überschreiten, ist eine gesetzliche Pflicht zur Nachrüstung einzuführen.

2. BUND fordert wirksame Vorsorgestandards

Zur Vorsorge und zum individuellen Schutz sind Vorsorgestandards in Höhe von $1 \mu\text{W}/\text{m}^2$ ($0,02 \text{ V}/\text{m}$) als Richtwerte im Anhang der 26. BImSchV oder in einer eigenständigen gesetzlichen Regelung festzulegen. Die zuständigen Behörden müssen sicherstellen, dass diese Werte bei der Neugenehmigung von Anlagen in Gebäuden oder auf Grundstücken, die zum Aufenthalt von Menschen bestimmt sind, eingehalten werden.

3. BUND fordert immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht

Bislang bedürfen Mobilfunksendeanlagen neben einer Standortbescheinigung der Bundesnetzagentur lediglich einer Anzeige bei der Immissionsschutzbehörde. Damit sind insbesondere die Vorschriften über eine Bürgerbeteiligung nicht anwendbar. Da auch die bauordnungsrechtliche Genehmigungspflicht in vielen Fällen nicht greift, erhalten die im Einwirkungsbereich der Anlagen lebenden Menschen häufig keine Informationen über die Errichtung von Mobilfunkanlagen und können keinen Einfluss auf die Standortwahl nehmen. Der BUND fordert deshalb, die Errichtung und den Betrieb von Hochfrequenz- und Niederfrequenzanlagen mit einer umfassenden und förmlichen Genehmigungspflicht unter Beteiligung der Öffentlichkeit auszustatten. Genehmigungen sind generell zu befristen und mit Nachrüstplichten bei sich ändernden technischen Standards auszustatten.

Ausführlich zu den BUND-Forderungen: BUND, Für zukunftsfähige Funktechnologien – Begründungen und Forderungen zur Begrenzung der Gefahren und Risiken durch hochfrequente elektromagnetische Felder, BUND Positionen 46, Oktober 2008

Als Download unter:

http://www.bund.net/fileadmin/bundnet/publikationen/sonstiges/20081028_sonstiges_funktechnologien_position.pdf

Kontakt und weitere Informationen:

BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Alexander Reiß

Referent Technischer Umweltschutz

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel.: 030/2 75 86-451

alexander.reiss@bund.net

www.bund.net